

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezüge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Thumann



Druck und Verlag
C. Thumanns Buchdruckerei,
Rheinsberg.

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 29

Fernsprecher

Donnerstag, den 9. März 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

Der Kampf um den Dollar

Die Wirtschaftskrise am entscheidenden Punkt.

Berlin, 8. März.

Was jetzt in Amerika mit dem Dollar vorgeht, ist von schicksalhafter Bedeutung für die Beantwortung der Frage, ob der entscheidende Punkt der Weltwirtschaftskrise, der nun erreicht ist, die Genesung oder neuen Abwärts bringt. Daß das reichste Land der Erde in eine Geld- und Bank-Land ist hineingerissen worden ist, die sogar zu den für amerikanische Verhältnisse unerhörten Maßnahmen der Schließung von Hunderten von Banken geführt hat, und deren Auswirkungen das Problem der staatlichen Stützung und Subventionierung privater Banken nach dem Muster der deutschen Bankenkrisis vom Sommer 1931 aufwerfen, ist ein Ereignis von epochaler Bedeutung in der Wirtschaftsgeschichte.

Wir sind unmittelbar an diesen Dingen interessiert und auch schon in Mitteleuropa gezogen dadurch, daß die so dringend notwendige Verbilligung des Diskontsatzes der Reichsbank nun weiterhin aufgeschoben werden muß, bis eine Klärung der amerikanischen Vorgänge und ihrer Auswirkungen auf die übrige Welt erfolgt ist. Denn Amerika hat dieser überreichend in die Erziehung getretenen Banken- und Geldkrise nur dadurch sich zu erwehren gekümmert, daß es zu dem unter den obwaltenden Verhältnissen ganz ungewöhnlichen Schritt der Herabsetzung des Diskontsatzes um ein volles Prozent, nämlich von 2½ auf 3½ Prozent griff.

Damit hat Amerika einen Schritt getan, der einen Rückschlag in die Deflationstendenzen bedeutet, und der erst dadurch verständlich und erklärbar wird, daß durch die Bankenschließungen eine selbst für amerikanische Begriffe unerhörte Herabsetzung von Noten erfolgte. Im Verlauf der sieben kritischen Tage bis zum 1. März haben ängstliche Einleger für insgesamt 962 Millionen Dollar Depositen von 450 Banken abgehoben.

Dadurch, daß andererseits unmittelbar die Gefahr des Verlustes von Bankeneinlagen, wie des Einziehens von Bankkrediten gegeben ist, hat sich eine Entwicklung herausgebildet, an die wir uns in Deutschland nur noch mit Schrecken erinnern, die aber selbst den selbstigen amerikanischen Goldparanern nicht unberührt lassen kann. Selbst die über die Londoner Note weit hinausgehende Erhöhung des amerikanischen Diskonts hat nicht verhindern können, daß die Dollarabzüge und damit die Goldforderungen an Amerika abgenommen werden. Amerika hat in wenigen Tagen für nahezu 150 Millionen Dollar Gold vorab nach London verschifft. Außerdem werden die Summen, die von den privaten Kreisen hynwischen an Dollar gehamtert worden sind, auf den gleichen Betrag geschätzt. Das sind Beträge, die selbst für Amerika empfindlich ins Gewicht fallen und die den ganzen Ernst der Sachlage drastisch dokumentieren.

Die Bankenkrisis macht sich im täglichen Leben Amerikas stark bemerkbar. Der Verkehr in den Straßen hat sehr abgenommen, da nur noch wenige Amerikaner Bargeld für den Einkauf von Benzin haben; selbst da wo noch Bargeld vorhanden ist, hilft man es ängstlich, um damit Lebensmittel kaufen zu können. Hotels, Restaurants und Kinos sind völlig verdet. Die große Schar der zur Amtübernahme Roosevelt nach Washington gereisten Amerikaner hat sich auf dem schnellsten Wege in die Heimatsländer begeben. Alle Artikel des täglichen Bedarfs zeigen bereits einen leichten Preisanstieg, am allermeisten die Lebensmittel, auch Grund- und Rohstoffe, wie Silber und Baumwolle, Vieh usw. haben sich verteuert.

Die Postparaffin sind unverändert geöffnet, und Einzahlungen sowie Abhebungen sind dort in jeder Höhe möglich, während alle Banken bekanntlich bis Donnerstag geschlossen sind. Ob das Bankenmoratorium über den festgesetzten Zeitpunkt hinaus verlängert wird, steht noch nicht fest. Inzwischen hat man abermals die Ausgabe von Notgeld in die Wege geleitet, um dem unhaltbaren Zustand der Geldlosigkeit ein Ende zu machen.

Weitere Krisen fordern Maßnahmen gegen die Goldhamsterei. Es wird die Wiedereinführung des Kriegsgegesetzes von 1917 verlangt, durch das das Goldhamstern als Bundesverbrechen erklärt wurde. Weiter wird eine Goldsteuer in Höhe von 15 v. H. gefordert. Beide Forderungen sind praktisch schwer durchführbar. In Kreisen der New Yorker City rechnet man damit, daß der tatsächliche Notgeldumlauf am Mittwoch beginnen wird. Es scheint, daß der Plan aufgegeben worden ist, die amerikanische Bundesregierung direkt mit der Ausgabe des Notgeldes in Verbindung zu bringen.

Zu dem kommt, daß die Kapitalflucht in Gestalt der Verbringung amerikanischer Guthaben nach dem Ausland einen starken Umfang angenommen hat, doch muß man gerade hinsichtlich dieses Punktes bedenken, daß solcher Verbringung amerikanischer Gelder nach dem Ausland bestimmte und zwar sehr natürliche Grenzen einfach dadurch gesetzt sind, daß kein anderes Land und kein außeramerikanischer Geld- und Kapitalmarkt auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine bessere Sicherheit für Kapital und Zinsen bieten kann, als Amerika selbst. Denn wenn schon einmal die stärkste Wä-

gung der Erde und die trotz allem auch heute noch festeste Basis des Dollars ins Wanken gerät, wo gibt es denn dann noch einen sicheren und zuverlässigen Platz auf der ganzen Welt?

Bei allem, was in Amerika im Verlaufe dieser Krise gezeigelt ist, muß man sich doch immer vergegenwärtigen, daß auch jetzt noch, und selbst nach den ungenüchlichen Goldverlusten, Amerika das größte und stärkste Gold-Land ist. Selbst nach den durch Kapitalflucht und Goldabzüge und Hamstereien eingetretenen Verlusten verfügt Amerika auch jetzt noch über weniger als eine runde Milliarde Dollar Gold mehr, als zu der gezielten Notwendigkeit überhaupt notwendig ist.

Die amerikanischen Vorgänge sind ein typisches Beispiel dafür, wie verberlich ein fortgesetztes Inflationsgerede wirken kann, wie schließlich eine Inflationsangst erwächst und welche Folgen für das gesamte Wirtschaftslife, Geld- und Kreditliffe eines Landes daraus sich entwickeln können. Aber trotz allem werden die Spekulationen derer, die schon seit langem auf eine Inflation der amerikanischen Währung hinarbeiten, die zum mindesten eine Wertminderung des Dollars und eine Abkehr vom Goldstandard propagieren, sich nicht erfüllen. Denn die amerikanische Währung ist keineswegs in Gefahr und die Währungsstabilität und damit die Erhaltung der Parität des Dollars wird ebenfalls durch diese jetzigen Vorgänge nicht in Frage gestellt.

Was aber wiederum vor aller Welt deutlich erwiesen ist, das ist dieses: In einer die ganze Welt ergränzenden Wirtschaftskrise sind alle Länder und alle Völker in Mitteleuropa gezogen und an Geduld und Verber der gemeinschaftlichen Abwehrmaßnahmen interessiert. Die Krise kennt keinen Unterschied zwischen den Schuldnerländern und den Gläubigerländern. Ganz im Gegenteil, sie wirkt sich letzten Endes besonders zerrütend auf diejenigen Länder aus, die sich für unangreifbar halten, weil sie auf einem reifen Goldhaufen sitzen. Wo die lebendigen Kräfte und Verbindungen fehlen oder erlahmen, da gibt es bei einer Krise kein Halten mehr. Und wenn einmal das Vertrauen ins Gleiten gekommen ist, dann schreitet das Unheil weiter und weiter. Amerika, die unüberwindliche Finanz- und Geldmacht, hat das jetzt erfahren müssen. Kaum daß eine Bank die Schalter schließen mußte, folgten im Verlaufe von wenigen Tagen viele Hunderte solcher Banken nach!

Das Fundament aller Wirtschaft ist und bleibt Vertrauen und Vernunft. Die Weltwirtschaft ist heute auf politischen Akten und Verträgen aufgebaut, die diese Erfordernisse nicht erfüllen. Sie sind eine Verhöhnung der Vernunft und damit die Quelle eines Mißtrauens, das erst ausgerottet werden kann, wenn eine vertrauensvolle und verständige, den Interessen und der Gesamtheit Rechnung tragende Zusammenarbeit der Völker gewährleistet ist.

Machtübernahme in Hessen

Amtsamtritt des Polizeikommissars des Reiches. — Dr. Bess zum Hilfskommissar bestellt.

Darmstadt, 8. März.

Nachdem Reichsinnenminister Dr. Frick auf Grund des Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat die Befugnisse der obersten Landesbehörde in Hessen übernommen hat, soweit es für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit erforderlich ist, hat der vom Reichsinnenminister mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Regierungsrat Müller vom Finanzamt Alsfeld sein Amt angetreten. Die Übernahme der Polizeigewalt durch Dr. Müller erfolgte völlig reibungslos.

Staatspräsident Dr. Uelshagen hat an den Reichsinnenminister Dr. Frick ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Minister von der Auebergabe der Polizeigewalt an Dr. Müller Kenntnis gibt und gleichzeitig Einspruch dagegen erhebt.

Ueber den Verlauf der Machtübernahme wird noch gemeldet:

In Begleitung des nationalsozialistischen Gauführers Sprenger und einiger engerer Mitarbeiter besetzte Polizeikommissar Dr. Müller unter Mitwirkung der Standarte 115, die durch auswärtige SA aus dem Odenwald und den benachbarten Bezirken verstärkt war, das heffische Innenministerium, das sozialdemokratische Gewerkschaftsgebäude, die Wohnung des heffischen Staatspräsidenten Uelshagen und des Innenministers Leuchner sowie das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen „Vollstreiter“. Die Maßnahmen gingen ohne jeglichen Widerstand vor sich. Innerhalb weniger Stunden war die ganze Aktion Müllers durchgeführt. Die zahlreichen Schutzpolizeibeamten im Innenministerium und in einigen anderen Gebäuden übergaben ohne Widerstand ihre Waffen der SA-Führung.

Nach der Übernahme der Polizeigewalt erließ Dr. Müller folgende Befehle an die Bevölkerung Heffens: „Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaates Hessen auf mich übertragen. Ich habe heute, den 6. März 1933, 23 Uhr 30 die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen.“

Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Bess zum Sonderkommissar für das heffische Polizeiwesen mit der Befugnis, mich zu vertreten, und den Polizeiobersteuermann Fendel-Satorius (selbiger Führer der Reichspolizei in Mainz) zum Führer der gesamten uniformierten Polizei sowie der Gendarmenriehe ernannt. Zur Unterstützung der staatlichen Polizei bestelle ich gemäß noch ergebender Anordnungen Hilfspolizei, die aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden entnommen werden soll.

Ich ermahne die gesamte Bevölkerung, in diesen Tagen des Ueberganges strengste Disziplin zu wahren, um den Dignitäten des Staates, bei denen ausschließlich die Ausübung öffentlicher Gewalt liegt, ihre Aufgabe, die Ordnung und Sicherheit des Landes aufrechtzuerhalten, nicht zu erschweren.“

Hakenkreuzfahnen auf Amtsgebäuden

Vor den heffischen Ministerien und dem Landtag in Darmstadt lammellen sich große Menschenmengen an. Auf dem Innenministerium wurde die Hakenkreuzfahne gehißt. Als die Fahne hochging, brach die Menge in förmliche Heulrufe aus. Dann zogen die Demonstranten vor das Stadthaus und erzwangen auch dort das Aufziehen der Hakenkreuzfahne. Auf den anderen städtischen Gebäuden wurde gleichfalls das Hakenkreuz gehißt.

Polnischer Rechtsbruch

Vertragswidrige Verstärkung der Militärwache auf der Westerpforte. — Scharer Protest des Danziger Senats. — Teilaufgebot der Einwohnerwehr.

Danzig, 8. März.

In den Danzig-polnischen Beziehungen ist erneut eine außerordentliche Zuspitzung zu verzeichnen. Unter Verletzung des Danzig-polnischen Abkommens vom 22. Juni 1921 hat die polnische Regierung zur Verstärkung der polnischen Militärwache auf der Westerpforte im Hafen von Danzig eine größere Polizeieinheit nach Danzig entsandt. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat sich logisch nach der ersten Nachricht über die Entsendung von polnischen Verstärkungen hin an den polnischen Vertreter, Minister Papée, gewandt, und um Auskunft ersucht, ob diese Nachrichten zutreffen. Als dann der polnische Vertreter die Antwort schuldig blieb, hat sich der Senat in Fortführung seiner Abwehrmaßnahmen an den Völkerverbundskommissar Koffing gewandt. Gleichzeitig ist in Danzig ein Teil der Einwohnerwehr als Hilfspolizei aufgeboben worden und zusammen mit der Schutzpolizei im Straßendienst eingesetzt worden.

In dem Protestschreiben an den Völkerverbundskommissar Koffing hat der Senat der Freien Stadt Danzig den Antrag gestellt, gemäß Artikel 3 des Pariser Vertrages folgendes zu entscheiden:

1. Die polnische Regierung ist verpflichtet, den auf den Verträgen beruhenden legalen Zustand unverzüglich wiederherzustellen und die Belagung auf der Westerpforte auf die vorgezeichnete Stärke zurückzuführen; 2. sofort Maßnahmen zu treffen, daß diese Handlung der polnischen Regierung als eine Action directe festgestellt wird.

Daraufhin hat der hohe Kommissar Koffing dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Papée, sofort u. a. folgendes mitgeteilt:

„Ich habe dem Präsidenten des Senats geantwortet, daß der hohe Kommissar keine Erlaubnis zur Vergrößerung des Bestandes der polnischen Wache auf der Westerpforte gegeben hat. Wenn die in dem beigefügten Schreiben des Senats gegebenen Auskünfte richtig sind, sehe ich mich verpflichtet, Sie zu bitten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die fraglichen Bestände unverzüglich von der Westerpforte zurückgezogen werden.“

An die Bevölkerung der Stadt Danzig erließ der Senat folgenden Aufruf:

„Die polnische Regierung hat einen schweren Rechtsbruch gegen die Freie Stadt Danzig unternommen und ohne Genehmigung des hohen Kommissars und unter Verletzung der bestehenden Verträge auf der Westerpforte eine Truppenabteilung mit schweren Waffen gehalten. Obwohl der Senat wie der hohe Kommissar haben sofort alle erforderlichen Schritte unternommen, um diesem schweren Rechtsbruch entgegenzutreten. Wir erwarten von der Bevölkerung der Danziger Bevölkerung, daß sie unbedingt Ruhe und Ordnung bewahrt und Ausweisungen vermerdet, die lediglich geeignet wären, der gerechten Sache Danzigs Abbruch zu tun.“

Deutschland steht Danzig bei

Berlin, 8. März.

Auch im Reich hat der polnische Rechtsbruch gegenüber Danzig starke Entrüstung hervorgerufen. Nach den Berichten darf Polen auf der Westerpforte lediglich zwei Offiziere, 20 Unteroffiziere und 60 Mann unterhalten. Polen hat das Recht, ein Eruchen um Verstärkung dieses Bestandes beim Völkerverbundskommissar zu unterbreiten, der erst, die Entscheidung des Völkerverbundes raten anrufen kann. Ein derartiges Eruchen Polens ist nicht erfolgt.